

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 15/4032 –**

**Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der
Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die
USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des
Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373
(2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen**

A. Problem

Als Antwort auf die Terroranschläge des 11. September 2001 von New York und Washington beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland an einer Koalition zahlreicher Staaten gegen die Sicherheitsbedrohung der internationalen Staatengemeinschaft. Grundlage der Bekämpfung des internationalen Terrorismus mit politischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, militärischen, polizeilichen und gesetzgeberischen Maßnahmen sind die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung hat, basierend auf der Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen, des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der genannten Resolutionen des Sicherheitsrats am 7. November 2001 für zunächst zwölf Monate den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte beschlossen. Der Deutsche Bundestag hat nach Kenntnisnahme einer zu Protokoll gegebenen Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen am 14. November 2001 (Bundestagsdrucksache 14/7447 vom 14. November 2001) am 16. November 2001 zugestimmt (Bundestagsdrucksache 14/7296 vom 7. November 2001). Die Bundesregierung hat erstmals am 6. November 2002 die Fortsetzung des Einsatzes für weitere zwölf Monate beschlossen, der der Deutsche Bundestag am 15. November 2002 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/37 vom 6. November 2002). Vergangenes Jahr hat die Bundesregierung am 5. November 2003 die erneute Fortsetzung des Einsatzes für zwölf Monate beschlossen, der der Deutsche Bundestag nach Kenntnisnahme der zu Protokoll gegebenen Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen am 12. November 2003 (Bundestagsdrucksache 15/2004 vom 12. November 2003) zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/1880 vom 5. November 2003).

Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen der internationalen Staatengemeinschaft. Die Terroranschläge von Madrid am 11. März 2004 haben gezeigt, dass selbst in Europa

keine hundertprozentige Sicherheit herrscht. In Afghanistan hingegen konnte im Jahr 2004 durch erfolgreiches internationales Engagement der Einfluss terroristischer Gruppierungen weiter zurückgedrängt werden. Die Verabschiedung der neuen afghanischen Verfassung am 4. Januar 2004 und die erfolgreichen Präsidentenwahlen am 9. Oktober 2004 zeugen von einem Voranschreiten des Aufbaus staatlicher Institutionen und bestätigen den Petersberg-Prozess.

Die Operation ENDURING FREEDOM trägt am Horn von Afrika dazu bei, dass potentielle Verbindungswege terroristischer Gruppen gekappt werden und ihr Zugang zu Rückzugsgebieten unterbunden wird. Die NATO-Seestreitkräfte in der Straße von Gibraltar und im Mittelmeer erzielen im Rahmen der Operation ACTIVE ENDEAVOUR die gleiche Wirkung. Eine weitere, lageabhängige Bereitstellung bestimmter militärischer Kapazitäten von Seiten der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der bisherigen Beschlüsse des Deutschen Bundestages ist somit vonnöten.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der in den Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) aufgefordert hat, die durch terroristische Handlungen verursachten Bedrohungen mit allen Mitteln im Einklang mit der Satzung der Vereinten Nationen zu bekämpfen, hat am 8. Oktober 2004 durch die einstimmig verabschiedete Resolution 1566 (2004) die internationale Staatengemeinschaft erneut aufgefordert, dringend zusammenzuarbeiten, um terroristische Handlungen zu verhindern und zu bekämpfen.

B. Lösung**Einstimmige Annahme des Antrags****C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/4032 anzunehmen.

Berlin, den 10. November 2004

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühle
Vorsitzender

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Bernd Schmidbauer
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Bernd Schmidbauer, Dr. Ludger Volmer und Dr. Werner Hoyer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/4032 in seiner 135. Sitzung am 28. Oktober 2004 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, an den Verteidigungsausschuss, an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung sowie an den Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

II.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei einer Gegenstimme eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei einer Gegenstimme eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

IV.

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 10. November 2004

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichtersteller

Bernd Schmidbauer
Berichtersteller

Dr. Ludger Volmer
Berichtersteller

Dr. Werner Hoyer
Berichtersteller